

Stefan Peters

Chancen und Grenzen der politischen Bildung zur Förderung des Friedens in Kolumbien

Zusammenfassung

Kolumbien steht aktuell an einer entscheidenden Wegmarke mit Möglichkeiten zur Vertiefung des Friedensprozesses im von Gewalt zerrütteten Land. Die aktuelle Regierung des Landes spricht dabei der Bildung eine zentrale Rolle für die Friedenskonsolidierung zu. Der Artikel argumentiert, dass dies einen gesellschaftlichen Mindestkonsens über die Ziele, Methoden und Inhalte der politischen Bildung erfordert. Er diskutiert hierfür die Möglichkeiten und Grenzen der Übertragbarkeit von Konzepten der politischen Bildung und insbesondere des Beutelsbacher Konsens und stellt dabei drei strukturelle Herausforderungen heraus: 1) die große Diversität der Bevölkerung, 2) die extremen sozialen Ungleichheiten und 3) die fortwährende Gewalt.

Schlüsselworte: *Politische Bildung, Frieden, Kolumbien, Beutelsbacher Konsens, soziale Ungleichheiten, Diversität, Gewalt*

Abstract

Colombia is currently at a crucial crossroads with opportunities to deepen the peace process in the violence-torn country. The country's current government sees education as playing a central role in consolidating peace. The article argues that this requires a minimum social consensus on the goals, methods and content of political education. To this end, it discusses the possibilities and limits of transferability of political education concepts and especially the Beutelsbach Consensus, highlighting three structural challenges: 1) the great diversity of the population, 2) the extreme social inequalities, and 3) the ongoing violence.

Keywords: *Political Education, Peace, Colombia, Beutelsbach Consensus, Social Inequalities, Diversity, Violence*

Einleitende Überlegungen

Kolumbien befindet sich inmitten eines ebenso spannenden wie schwierigen Friedens- und sozialen Transformationsprozesses. Bereits jetzt steht fest: Das Jahr 2022 wird in die Ge-

schichte des Landes eingehen. Dies hat mehrere Gründe: 1) Erstmals in der Geschichte des Landes wurde mit Gustavo Petro ein linksgerichteter Kandidat in das Präsidentenamt gewählt und mit Francia Márquez bekleidet zum ersten Mal eine Afrokolumbianerin das Amt der Vizepräsidentin. 2) Die neue Regierung hat unter dem Stichwort „Paz Total“ (totaler Frieden) den weiterhin im Land aktiven Gewaltakteur/-innen Friedensgespräche angeboten und zudem angekündigt dem stockenden Friedensprozess mit der Guerrilla der *FARC-EP* neue Impulse zu geben. 3) Ende Juni 2022 wurde der Abschlussbericht der kolumbianischen Wahrheitskommission vorgelegt und damit ein wichtiger Schritt im laufenden Friedensprozess mit der ehemaligen Guerrilla der *FARC-EP* begangen.

Der Abschlussbericht der Wahrheitskommission enthält weitreichende Empfehlungen zur Vermeidung der Wiederholung der Gewalt und Förderung des Aufbaus eines nachhaltigen Friedens in Kolumbien. Diese wurden von der neuen Regierung positiv aufgenommen und der Bildungsminister Alejandro Gaviria hat mehrfach angekündigt, dass die Ergebnisse der Wahrheitskommission in der Schule behandelt werden sollen. Hierfür gibt es günstige Voraussetzungen. Einerseits hat das Land reichhaltige Erfahrungen im Bereich der Friedenspädagogik (Gómez Barriga, 2019; Chaux et al., 2021; Pardo & Peters, 2023); andererseits wurde 2014/2015 mit der *Cátedra de Paz* in allen Bildungsinstitutionen des Landes „Frieden“ als Thema institutionalisiert. Allerdings verdeutlicht ein zweiter Blick auf die Rahmenbedingungen für die Thematisierung der Gewalt der Vergangenheit in schulischen und außerschulischen Kontexten vielfache Herausforderungen. 1) Es fehlt an einer Systematisierung der Erfahrungen der friedenspädagogischen Ansätze sowie der Institutionalisierung ihrer Umsetzung, 2) die Inhalte und der Umfang der *Cátedra de Paz* sind unspezifisch, 3) die Auseinandersetzung etwa mit staatlichen Menschenrechtsverbrechen im Kontext des internen gewaltsamen Konfliktes ist weiterhin in vielen Bereichen tabuisiert und 4) entsprechend stieß auch die Ankündigung des Bildungsministers bereits auf Widerstand der politischen Rechten (Peters, 2023). Vor diesem Hintergrund diskutiert der vorliegende Beitrag die Möglichkeiten und Grenzen einer Förderung der historisch-politischen Bildung in Kolumbien.

Historisch-politische Bildung in Kolumbien: Gedanken zum Erfahrungsaustausch

Die Thematisierung der schweren Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des bewaffneten Konfliktes ist in Kolumbien weiterhin Anlass für hitzige Kontroversen. Die Bedeutung einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann keineswegs vorausgesetzt werden. Häufig werden in den Schulen politische Kontroversen und polemische Themen umgangen. Dies ist keinesfalls ein Alleinstellungsmerkmal Kolumbiens. Im Gegenteil: Die Bearbeitung der Vergangenheit in der Schule hat auch in Lateinamerika immer wieder heftige Konflikte hervorgerufen (Jelin & Lorenz, 2004; Demasi, 2016). Dies wirft die Frage auf, inwiefern und wenn ja, wie Tendenzen der politischen Polarisierung um die Bearbeitung der Vergangenheit notwendigerweise die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der Bildung verhindern müssen. Als Orientierungspunkt für die Thematisierung politischer kontroverser Themen im Unterricht kann der – aus dem deutschsprachigen Kontext bekannte – Beutelsbacher Konsens mit seinen Komponenten des Überwältigungsverbots, des Kontroversitätsgebots und der Adressatenorientierung dienen. Ein entsprechendes Pendant gibt es in Kolumbien nicht. Die Präsentation des Beutelsbacher Konsens sowie aktueller Debatten (Widmaier & Zorn, 2016) über seine Interpretation, haben in Kolumbien in den vergangenen Jahren immer wieder großes Interesse hervorgerufen (Overwien, 2019; Peters & Weinmann, 2022), aber auch Skepsis gegenüber der Übertragbarkeit auf den kolumbianischen Kontext provoziert.

So argumentiert Santos (2023) angesichts der Stigmatisierung des politischen Engagements von Lehrkräften für eine Politisierung der politischen Bildung in der Tradition der Pädagogik der Befreiung von Paulo Freire. Allerdings hat dies in der Vergangenheit oftmals ideologische Grabenkämpfe in den Schulen reproduziert und neben emanzipatorischen Bildungsenklaven auch die Ausklammerung kontroverser Themen und das Beschweigen etwa der staatlichen Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit reproduziert. Hier stellt sich die Frage, ob im Gramscianischen Sinne weiter der Stellungskrieg mit dem Ziel der Ausbildung einer Hegemonie der kritischen Bildung geführt oder vielmehr ein breiter Konsens über Grundprinzipien einer demokratischen politischen Bildung gesucht werden sollte. Letzterer würde versuchen, für Vertreter/-innen verschiedener und sogar konträrer politischer Positionen und theoretischer Ansätze tragbar zu sein. Dies scheint auch deshalb notwendig, um den weiterhin im Land umstrittenen Friedensprozess auf eine breite Basis zu stellen und damit die Bedingung der Möglichkeit einer erfolgreichen Friedenskonsolidierung jenseits politischer Konjunkturen herzustellen. Kurz: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Institutionalisierung von Ansätzen der historisch-politischen Bildung und der Friedenspädagogik im gesamten Bildungssystem, einschließlich der Festlegung qualitativer Mindeststandards und Orientierungspunkte für die pädagogische und didaktische Praxis. Sollte dies gelingen, könnte die Bildung ihr Potenzial für die Förderung der Friedenskonsolidierung nutzen und zu einer Stütze des fragilen Friedensprozesses in Kolumbien werden. Dennoch sollen im Folgenden einige strukturelle Probleme herausgearbeitet werden, die dem Entgegenstehen, um auf dieser Basis zu einer kritischen Debatte über die Möglichkeiten

und Grenzen eines Beitrags der historisch-politischen Bildung zur Förderung des Friedens in Kolumbien beizutragen.

Grenzen der Übertragbarkeit der politischen Bildung

Im Folgenden werden die Grenzen der Übertragbarkeit des Beutelsbacher Konsens auf Kontexte großer Diversität, extremer Ungleichheiten und fortwährender Gewalt diskutiert. *Erstens* wurden die politische Bildung und der Beutelsbacher Konsens in der Bundesrepublik von einer erstaunlich homogenen Gruppe aus weißen, gut gebildeten Männern aus der Mittelschicht geprägt. Das hatte die Exklusion einer Vielzahl strukturell benachteiligter Stimmen zur Folge. Dies bedeutet nicht, dass bei einer Beteiligung diverser Stimmen die Ergebnisse des Beutelsbacher Konsens notwendigerweise deutlich anders ausgesehen hätten.² Es zeigt jedoch die problematische Reproduktion sozialer Ungleichheiten und Exklusionen bei der Formulierung von Grundprinzipien der politischen Bildung, die bei entsprechenden Diskussionen in Kolumbien auf keinen Fall wiederholt werden dürfen. Dies gilt umso mehr, als dass Kolumbien durch eine große Diversität gekennzeichnet ist, die sich auch in sehr unterschiedlichen Bildungsverständnissen widerspiegelt. Es betrifft insbesondere Ansätze der indigenen sowie afrokolumbianischen Bildung (Castillo Guzmán, 2023), aber auch die Besonderheiten der ländlichen Bildung. Mit Blick auf die Rolle der Bildung für den Friedensprozess gilt zudem zu bedenken, dass die indigene, afrokolumbianische und kleinbäuerliche Bevölkerung und mithin die historisch marginalisierten Regionen und peripheren Gebiete des Landes überproportional von der Gewalt im Kontext des bewaffneten Konfliktes betroffen waren und dies bis heute sind (Bello, 2016). In der Konsequenz können homogenisierende bildungspolitische Ansätze keine Alternative sein. Im Gegenteil: Sie wären ein Vehikel der Perpetuierung „epistemischer Gewalt“ (Brunner, 2020) und würden den strukturellen Rassismus und patriarchale Strukturen, die von der Wahrheitskommissionen als Hindernisse für den Frieden in Kolumbien herausgearbeitet wurden, reproduzieren und perpetuieren. Folglich steht Kolumbien vor der Herausforderung, einen breiten Konsens über Mindeststandards, Kompetenzen und zentrale Inhalte der historisch-politischen Bildung und Friedenspädagogik zu erzielen, der zugleich die Gefahren der Schaffung einer homogenisierenden Zwangsjacke über die konsequente Integration von Diversitätskriterien entgegenwirkt. Dies kann nur über breite Partizipationsprozesse geschehen, erhöht damit die Komplexität und erfordert die Bereitstellung entsprechender finanzieller und zeitlicher Ressourcen.

Neben der Thematisierung von Diversitätsaspekten gilt es *zweitens* die strukturellen Ungleichheiten unter Einnahme einer intersektionalen Perspektive zu reflektieren. Dies gilt insbesondere für Kolumbien als ein Land, das innerhalb des durch das Strukturmerkmal extremer und historisch persistenter sozialer Ungleichheiten gekennzeichneten Region Lateinamerika bezüglich verschiedener Ungleichheitsindikatoren Spitzenplätze einnimmt. Die extremen Ungleichheiten – v.a. jene der Landverteilung – sind nicht nur einer der zentralen Auslöser der politischen Gewalt in Kolumbien, sie wurden durch den gewaltsamen Konflikt – etwa in Folge von gewaltsamen Ver-

treibungen – vertieft und sind heute zudem ein zentrales Hindernis für einen erfolgreichen Friedensprozess (Peters, 2021). Dies manifestiert sich auch mit Blick auf Ansätze der Friedenspädagogik und der historisch-politischen Bildung. Der wechselseitige Zusammenhang von Bildung und sozialen Ungleichheiten wurde für Lateinamerika mehrfach herausgearbeitet und manifestiert sich nicht zuletzt in deutlich unterschiedlichen Lernerfolgen sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen (Überblick: Peters, 2013). Es scheint plausibel, dass die wesentlichen Ergebnisse der zahlreichen Studien zu den Ungleichheiten der Lernerfolge auch auf die historisch-politische Bildung und die Friedenspädagogik übertragen werden können. Dies soll keineswegs die Bedeutung non-formaler und informeller Lernprozesse, etwa in den besonders vom gewaltsamen Konflikt betroffenen Gebieten, minimieren oder gar negieren. Gleichwohl kann die Bedeutung von Mindestvoraussetzungen für erfolgreiche Bildungsprozesse bezüglich der Schulausstattung, der Verfügbarkeit von Materialien, der effektiven Bildungszeit, der Lerngruppengröße oder der sozialen Voraussetzungen des Lernerfolges (López & Tedesco, 2002) auch mit Blick auf die historisch-politische Bildung und die Friedenspädagogik ihren Stellenwert nicht verlieren. Folglich müssen die extremen sozialen Ungleichheiten und die damit korrespondierenden Bildungsungleichheiten als strukturelles Hindernis für die Ausschöpfung des friedensfördernden Potenzials der Bildung verstanden werden. Dies hat weitreichende politische Implikationen. Zur Ausschöpfung des friedenspolitischen Potenzials der Bildung, müsste die Bildungspolitik von Maßnahmen zur Reduzierung extremer sozialer Ungleichheiten entlang der – aus den Diskussionen zur Intersektionalität bekannten – Achsen *Class, Race, Gender* sowie unter Einbeziehung sozio-territorialer Ungleichheiten innerhalb der urbanen Städte und zwischen urbanen und ruralen Gebieten flankiert werden. Hier hat die aktuelle kolumbianische Regierung mit der Umsetzung einer moderat-progressiven Steuerreform, der deutlichen Erhöhung des Mindestlohnes sowie Überlegungen zur Einrichtung eines Ministeriums für Gleichheit und zur Umsetzung einer Agrarreform wichtige Weichenstellungen vorgenommen, deren materiellen Effekte gleichwohl noch abgewartet werden müssen.

Schließlich ist *drittens* die fortwährende Gewalt ein zentrales Hindernis für die Ausschöpfung des friedenspolitischen Potenzials der Bildung. In weiten Teilen Kolumbiens operieren illegale Gewaltakteur/-innen oder diese üben gar die effektive Kontrolle über diese Gebiete aus (CICR, 2022; Giraldo et al., 2022). Dies hat zur Konsequenz, dass bestimmte Themen nicht angesprochen werden können und/oder friedenspädagogische Inhalte von der Alltagsrealität konterkariert werden. In Zusammenhang mit der Alltagsgewalt in Familien, der strukturellen Gewalt als Konsequenz extremer sozialer Ungleichheiten, mit historischen Marginalisierungen und der Perspektivlosigkeit sowie der Verführungskraft illegaler Gewaltakteur/-innen, betrifft dies auch die Gefahr der Rekrutierung von Minderjährigen durch die Gewaltakteur/-innen³, geht jedoch weit darüber hinaus. Auch sind die Hindernisse der Präsenz der Gewalt nicht allein auf die Gebiete mit Präsenz illegaler Gewaltakteur/-innen beschränkt, sondern betreffen zudem Formen des informellen Lernens toxischer Maskulinität oder der Präsenz von Glorifizierungen der Narco-Kultur in popkulturellen Pro-

dukten (Bialowas Pobutsky, 2021).⁴ Folglich erfordert die Ausschöpfung des friedenspolitischen Potenzials der Bildung zusätzlich Erfolge bei der Reduzierung der Gewalt etwa im Kontext von Verhandlungen mit illegalen Gewaltakteur/-innen aber auch bei der Prävention von Alltagsgewalt und der Hinterfragung hegemonialer Rollenbilder toxischer Männlichkeit.

Schlussfolgerungen

Kolumbien steht aktuell an einer entscheidenden Wegmarke mit Möglichkeiten zur Vertiefung des Friedensprozesses im von Gewalt zerrütteten Land. Die aktuelle Regierung des linksgerichteten Präsidenten Petro spricht dabei der Bildung eine zentrale Rolle für die Friedenskonsolidierung zu. Der Artikel argumentiert, dass dies einen gesellschaftlichen Mindestkonsens über die Ziele, Methoden und Inhalte der politischen Bildung und damit die Überwindung altbewährter bildungspolitischer Grabenkämpfe erfordert. Dies bedeutet keineswegs die Aufgabe des kritischen Impetus der politischen Bildung und Friedenspädagogik. Im Gegenteil: Es geht auch und gerade darum, Schüler/-innen auf ihre Rolle als kritische und aktive Bürger/-innen vorzubereiten. Dies kommt gleichwohl einer Herkulesaufgabe gleich, die niemals vollumfänglich erfolgreich gelöst werden kann. Im konkreten Falle Kolumbiens erscheinen zudem drei strukturelle Herausforderungen von besonderer Relevanz: 1) die große Diversität der Bevölkerung, 2) die extremen sozialen Ungleichheiten und 3) die fortwährende Gewalt.

Entsprechend erfordert die Ausschöpfung des friedenspolitischen Potenzials der politischen Bildung in Kolumbien *erstens* den schwierigen Prozess der breiten Partizipation verschiedener Bevölkerungsgruppen sowie die Bereitstellung entsprechender Ressourcen für die erfolgreiche Etablierung von Mindeststandards der historisch-politischen Bildung und Friedenspädagogik unter Respektierung von Diversitätskriterien. *Zweitens* müssen entsprechende Anstrengungen zur Förderung der historisch-politischen Bildung und der Friedenspädagogik von wirtschafts-, arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen zur Reduzierung der extremen sozialen Ungleichheiten flankiert werden. *Drittens* ist die Reduzierung der fortwährenden Gewalt in ihren unterschiedlichen Manifestationen jedoch insbesondere die erfolgreiche Demobilisierung illegaler Gewaltakteur/-innen eine zentrale Bedingung der Möglichkeit für die Ausschöpfung des friedenspolitischen Potenzials der Bildung. Es handelt sich folglich um sehr große Herausforderungen und dennoch erscheint dies angesichts der Aussicht auf ein Ende der mindestens jahrzehntelangen Gewalt im Land als lohnend. Denn der Frieden wird nicht durch Bildung hergestellt, doch ohne entsprechende Anstrengungen der historisch-politischen Bildung und der Friedenspädagogik erscheint eine Förderung des Friedens kaum möglich.

Anmerkungen

1 Zugriff am 17.01.2023 von <https://www.comisiondelaverdad.co/> 2 Vgl. Erklärung der Vereinten Nationen über eine Kultur des Friedens, Resolution A/RES/53/243 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 13. September 1999.

2 Ich danke Bernd Overwien für Diskussionen zu diesem Punkt.

- 3 Ich danke Marcela Pardo und Laura Rivera Revelo für Diskussionen zu dem Thema.
- 4 Dies betrifft etwa Serien und Telenovelas, die zentrale Figuren des Drogenhandels in den Fokus stellen, oftmals glorifizieren und damit nicht zuletzt Rollenvorbilder mit entsprechenden Vorstellungen von Maskulinität produzieren. Siehe hierzu auch die Ergebnisse des Projektes GUMELAB. Zugriff am 17.01.2023 <https://www.gumelab.net/index.html>.

Literatur

- Bialowas Pobutsky, A. (2021). *Pablo Escobar and Colombian Narcoculture*. Miami: University Press of Florida. <https://doi.org/10.5744/florida/9781683401513.001.0001>
- Brunner, C. (2020). *Epistemische Gewalt: Wissen und Herrschaft in der kolonialen Moderne*. Bielefeld: Transcript.
- Castillo Guzmán, E. (2023). La escuela herida: Etnoeducación afrocolombiana, memoria del conflicto y construcción de paz. In M. Pardo & S. Peters (Hrsg.), *Educación política: Debates de una historia por construir*. Bogotá: CINEP.
- Chaux, E. et al. (2021). No one can take away my living memory: Teaching about violent past in Colombia. In T. Louis, M. Molohe & S. Peters (Hrsg.), *Dealing with the Past in Latin America, South Africa and Germany* (S. 145–168). Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748923527-145>
- CICR (2022). *Retos Humanitarios 2022*. Colombia. Bogotá: CICR.
- Demasi, C. (2016). La transmisión del pasado traumático. Enseñanza de la dictadura y debate social en Uruguay. ILCEA, N° 26. <https://doi.org/10.4000/ilcea.3959>
- Giraldo, J. et al. (2022) (Hrsg.). *¿Del paramilitarismo al paramilitarismo? Radiografía de una paz violenta en Colombia*. Quito: Fundación Rosa Luxemburgo.
- Gómez Barriga, J. C. (2019). La educación para la paz: contribuciones para un estado del arte. *Revista Cambios y Permanencias*, 10 (1), 500–539. <https://doi.org/10.17227/rcc.num79-8918>
- Jelin, E., & Lorenz, F. (2004) (Hrsg.). *Educación y memoria: La escuela elabora el pasado*. Madrid: Siglo XXI.
- López, N., & Tedesco, J. C. (2002). *Las condiciones de la educabilidad de los niños y adolescentes en América Latina*. Buenos Aires: Instituto Internacional de Planeamiento de la Educación – UNESCO. <https://doi.org/10.18356/112e2b49-es>

Overwien, B. (2019). *Educación cívica en Alemania: desarrollo y aspectos de la discusión actual*. Bogotá: Instituto CAPAZ.

Pardo, M., & Peters, S. (2023) (Hrsg.). *Educación política: Debates de una historia por construir*. Bogotá: CINEP.

Peters, S. (2013). *Bildungsreformen und soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Kontinuität im Wandel in Venezuela und Uruguay*. Baden-Baden: Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845244679>

Peters, S. (2021). Cuánta desigualdad aguanta la paz? Reflexiones en torno al proceso de paz colombiano. In C. Hatzky et al. (Hrsg.), *Latinoamérica y Paz? Propuestas para pensar y afrontar la crisis de la violencia* (S. 237–280). Buenos Aires: Teo-CALAS.

Peters, S. (2023). La educación política en Colombia: reflexiones sobre las posibilidades y los límites de fortalecer la paz, la democracia y la justicia desde las aulas. In M. Pardo & S. Peters (Hrsg.), *Educación política: Debates de una historia por construir*. Bogotá: CINEP. Im Erscheinen.

Peters, S., & Weinmann, N. (2022). *Más allá de la Cátedra de Paz: impulsos para la educación política desde la experiencia alemana*. CAPAZ Policy Brief 1-2022. Bogotá: Instituto CAPAZ.

Santos, D. (2023). El Consenso de Beutelsbach: Perspectivas críticas desde Colombia. In M. Pardo & S. Peters (Hrsg.), *Educación Política: Debates de una historia por construir*. Bogotá: CINEP. Im Erscheinen.

Widmaier, B., & Zorn, P. (2016) (Hrsg.). *Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung*. Bonn: BpB.

Dr. Stefan Peters

ist Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen und wissenschaftlicher Direktor des Instituto Colombo-Alemán para la Paz (CAPAZ) in Bogotá. Arbeitsschwerpunkte: Friedens- und Konfliktforschung, Entwicklungsforschung, Bildung, soziale Ungleichheiten, Bearbeitung der Vergangenheit.

UNSERE BUCHEMPFEHLUNG



Miriam Bach, Lena Narawitz, Joachim Schroeder, Marc Thielen, Niklas-Max Thönneßen (Hrsg.)

FluchtMigrationsForschung im Widerstreit Über Ausschlüsse durch Integration

Der Band setzt sich kritisch mit der Forschung in Deutschland zum Themenfeld Flucht*Migration auseinander. Ausgangspunkt ist die These, dass die Fluchtforschung bislang überwiegend auf den „integrationsfähigen Flüchtling“ fokussiert ist und es deshalb „vernachlässigte“ Untersuchungsfelder gibt. In den Beiträgen werden diese Annahmen vor dem Hintergrund empirischer Forschungsprojekte diskutiert.

Das Buch ist im Kontext des Kooperativen Graduiertenkollegs „Vernachlässigte Themen der Flüchtlingsforschung“ entstanden, das von 2018 bis 2021 in Zusammenarbeit von acht Hochschulen in Deutschland durchgeführt und von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert worden ist.

2021, 252 Seiten, br., 36,90 €,
ISBN 978-3-8309-4441-6
E-Book: 32,99 €,
ISBN 978-3-8309-9441-1
doi.org/10.31244/9783830994411

 **WAXMANN**
www.waxmann.com